



Verladung von Porsche-Automobilen für den US-Markt: Sonderschichten statt Kurzarbeit

THÜRINGEN PRESS / ACTION PRESS

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Gegen den Rest der Welt

Vom Musterknaben zum Buhmann: Den Deutschen wird vorgeworfen, dass sie zu viel exportieren, zu wenig konsumieren – und deshalb auf Kosten anderer Länder leben. Sie sollen stattdessen die Löhne erhöhen und mehr Schulden machen. Aber würde das die Probleme wirklich lösen?

Es ist erst ein Jahr her, da stand die Firma Getrag am Abgrund. Die Absatzkrise hatte den schwäbischen Autozulieferer mit voller Wucht getroffen, der Umsatz war um ein Viertel auf knapp zwei Milliarden Euro eingebrochen, das Unternehmen musste die Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, nur eine Landesbürgschaft sicherte das Überleben.

Heute kann sich das Unternehmen vor Aufträgen kaum retten. Allein BMW bestellt täglich 140 Getriebe, obwohl Getrag nur 120 pro Tag herstellen kann. „Woche für Woche unterschreibe ich Anträge des Unternehmens, die Mitarbeiter auch samstags, sonntags und feiertags arbeiten zu lassen“, sagt Frank Iwer von der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Würt-

temberg. Iwer kennt viele solcher Fälle: den Maschinenbauer, der kräftig neue Leute einstellt; den Verpackungsmaschinenhersteller, der fast alle Mitarbeiter aus der Kurzarbeit geholt hat; den kleinen Zulieferer, der alle erst kürzlich entlassenen 24 Mitarbeiter wieder zurückholt, weil sich die Geschäftslage überraschend verbessert hat.

Plötzlich gibt es wieder gute Nachrichten aus deutschen Unternehmen, gelegentlich werden schon Sonderschichten gefahren, manche Firmen müssen sogar die Werksferien verkürzen, um die weltweite Nachfrage zu befriedigen.

Die deutsche Volkswirtschaft hatte wie kaum eine andere mit den Folgen der globalen Rezession zu kämpfen, denn nur

wenige sind so exportlastig – und damit so abhängig von der Weltkonjunktur.

Als die Weltwirtschaft nach dem Beinahekollaps der Finanzmärkte einbrach, traf es deshalb die deutsche Wirtschaft besonders hart, sie schrumpfte 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent, manche Unternehmen mussten Einbrüche von 50 Prozent hinnehmen.

Nun aber zieht die Weltkonjunktur wieder an, stärker als noch vor kurzem prognostiziert, und plötzlich springt auch die Nachfrage nach deutschen Maschinen und Automobilen wieder an: Die Exportindustrie erlebt ein erstaunliches Comeback – und mit ihr kehren auch die Vorwürfe gegen das deutsche Wirtschaftsmodell zurück.

Zwar sind die Umsätze der Vor-Krisen-Ära noch lange nicht erreicht und Rückschläge angesichts der angespannten Lage auf den Finanzmärkten nicht ausgeschlossen. Aber das beeindruckt die Kritiker der deutschen Exportstärke wenig.

Die Deutschen leben auf Kosten der anderen Länder, so der Vorwurf, weil sie Handelsbilanzüberschüsse produzieren und damit die Defizitländer in die Verschuldung treiben. Und sie verschaffen sich auch auf unfaire Art und Weise Wettbewerbsvorteile – durch den schwachen Euro und durch zurückhaltende Lohnsteigerungen. Zu alledem weigern sie sich, ihre Binnenwirtschaft durch neue Konjunkturprogramme anzukurbeln und dadurch die Absatzchancen ausländischer Waren hierzulande zu verbessern.

Jahrzehntlang wurden die Deutschen für ihre Exportindustrie und ihre hochwertigen Produkte in aller Welt bewundert. Nun müssen sie erleben, dass viele in der Welt sie nicht mehr als Vorbild betrachten, dem es nachzueifern gilt, sondern als Egoisten, die sich nicht an die Spielregeln halten: Aus dem Musterknaben ist der Buhmann geworden.

Die Phalanx der Kritiker wird angeführt von US-Präsident Barack Obama sowie dessen Finanzminister Timothy Geithner, und sie wird unterstützt von Ökonomenobelpreisträger Paul Krugman und dem Milliardär George Soros, der sich gern als geläuterter Spekulant



Kontrahenten Merkel, Obama
Deutliche Symptome von Generosität

gibt. Sie alle fordern unisono, Länder wie Deutschland sollen ihren Sparkurs aufgeben und neue Konjunkturprogramme auflegen.

Auch in Europa geraten die Deutschen zunehmend unter Druck. Politiker wie die französische Finanzministerin Christine Lagarde werfen ihnen vor, auf Kosten anderer Euro-Länder zu wachsen. Denn Deutschland hat im Vergleich zu seinen Nachbarn den Anstieg der Lohnstückkosten niedrig gehalten und ihnen so Marktanteile abgenommen. Aus denselben Gründen machen auch die Grie-

chen die Deutschen mitverantwortlich für ihre Malaise.

Auslöser all dieser Kritik ist ausgerechnet das Herzstück der deutschen Wirtschaft: die Exportindustrie – und die Überschüsse, die nach dem Einbruch im vergangenen Jahr nun wieder steigen.

Viele Ökonomen sehen in den weltweiten Ungleichgewichten eine Ursache der Wirtschaftskrise. Sie fordern deshalb von den Deutschen nichts weniger als ein neues Wirtschaftsmodell.

Tatsächlich ist die Welt aus dem Gleichgewicht geraten. Die USA beispielsweise leben seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse, sie importieren weit mehr als sie exportieren, und sie lassen sich dieses Defizit von anderen finanzieren, vor allem von China, das schon Währungsreserven in Höhe von zweieinhalb Billionen Dollar angehäuft hat.

China, aber auch Japan und Deutschland leben demnach unter ihren Verhältnissen: Sie produzieren mehr, als sie verbrauchen, und müssen das überschüssige Geld im Ausland anlegen – in amerikanischen, aber auch in griechischen Staatsanleihen zum Beispiel.

Überschüsse sind nur möglich, wenn andere Defizite haben, und je größer die Ungleichgewichte werden, desto größer ist die Gefahr, dass sich die wachsenden Spannungen irgendwann entladen. Schon auf dem G-20-Gipfel im vergangenen September in Pittsburgh wurde deshalb vereinbart, die globalen Ungleichgewichte zu bekämpfen. Fragt sich nur: wie?

In einer idealen Welt geht das ganz automatisch: über den Wechselkurs.

Exportierte Güter bringen Gewinne ins Land, das lässt die Löhne steigen, die Produkte werden teurer, der Export wird gebremst. Zudem lassen sich die führenden Industriestaaten die ausgeführten Güter häufig in ihrer Landeswährung bezahlen. Deshalb steigt mit dem Export auch die Nachfrage nach der eigenen Währung – und damit deren Kurs. Diese Aufwertung verteuert und dämpft die Exporte.

Im freien Spiel der Kräfte gibt es also eine Tendenz zum Gleichgewicht: Wettbewerb schafft Wohlstand – der aber der Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirkt.

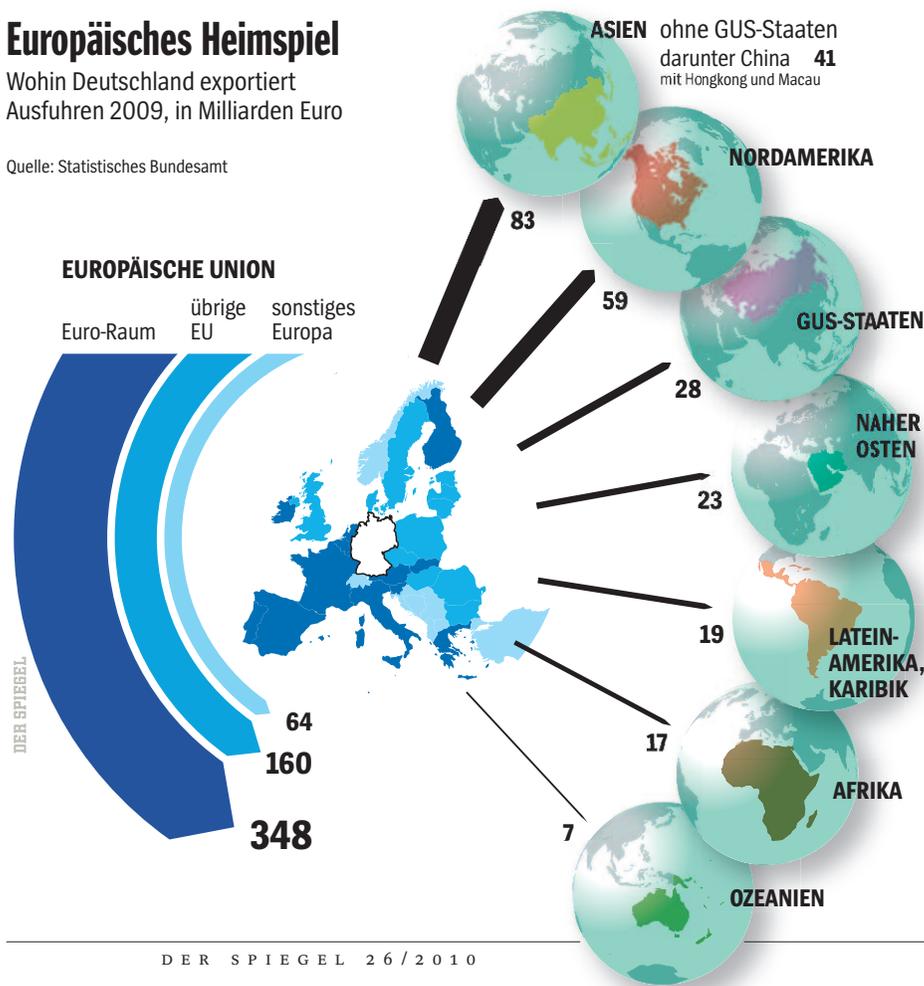
So weit die Theorie. In der Praxis haben die Chinesen diese Gesetzmäßigkeit mit einem Trick außer Kraft gesetzt: Sie lassen sich ihre Exporte nicht in der Landeswährung, sondern in Dollar bezahlen. Und damit kaufen sie vor allem amerikanische Staatsanleihen. Das hält den Wert des Dollar künstlich hoch, relativ dazu bleibt der Yuan schwach, weswegen chinesische Waren konkurrenzlos billig sind. Auf diese Weise haben die Chinesen die Deutschen als Exportweltmeister abgehängt.

Ein neues Gleichgewicht kann nur entstehen, wenn China aufhört, seine Währung künstlich zu verbilligen. In der Ver-

Europäisches Heimspiel

Wohin Deutschland exportiert
Ausfuhren 2009, in Milliarden Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt



gangenheit hatte die neue Wirtschaftsmacht entsprechende Forderungen des Westens stets zurückgewiesen. Doch kurz vor dem G-20-Gipfel im kanadischen Toronto am vergangenen Wochenende signalisierte Peking Entgegenkommen.

Die Ankündigung, das Land werde seine Währung aufwerten, sorgte weltweit für Euphorie an den Börsen. Die Ernüchterung folgte schnell, als klar wurde, dass China den Yuan offenbar nur in homöopathischen Dosen verteuern will. Doch immerhin hatten es die Chinesen geschickt geschafft, die Kritik auf die anderen Überschussländer zu lenken: auf Japan und – vor allem – auf Deutschland.

Doch was soll Deutschland tun? Das Land hat keine eigene Währung, die es aufwerten könnte, um die deutschen Exporte zu verteuern, was die Sache für die Kritiker nur noch schlimmer macht.

Im Handel mit Nicht-Euro-Ländern nämlich profitiert Deutschland wie kein anderes Land von der Schwäche der Gemeinschaftswährung. Etliche Mitgliedstaaten haben an den Finanzmärkten jeden Kredit verspielt, seit Monaten sinkt deshalb der Wert des Euro. Das wirkt wie eine Konjunkturspritze für die deutsche Wirtschaft, die ihre Exporte nun billiger im Ausland verkaufen kann.

Innerhalb der Währungsunion entfällt der Wechselkurs als Ausgleichsmechanismus ohnehin, was zu wachsenden Spannungen führt, wenn sich Volkswirtschaften auseinanderentwickeln – so wie sie das innerhalb des Euro-Raums tun.

Gäbe es den Euro nicht, hätte sich die Mark in den vergangenen Jahren wahrscheinlich kontinuierlich verteuert und so die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gebremst. Wenn die Bundesrepublik Deutschland heute aus dem Euro-Verband austräte, würde ihre Währung nach Ansicht vieler Fachleute um mindestens 30 Prozent aufgewertet, ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Gerade weil Deutschland so sehr von der Gemeinschaftswährung profitiert, und in Zeiten der Euro-Schwäche ganz besonders, wächst der Druck, dass auch die Deutschen ihren Beitrag leisten müssen, um die Ungleichgewichte zu beseitigen: Sie müssten, das ist die Forderung der Kritiker, ihre Löhne erhöhen und mehr Schulden machen statt zu sparen.

Deutschland müsse sich, was das Lohnniveau und die Verschuldung angeht, an das Niveau der übrigen Euro-Länder anpassen, fordert etwa Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der Welt-handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Wenn stattdessen die Schwachen den Starken nacheifern, wenn sie immer mehr sparen und die



Turbinenproduktion bei Siemens in Görlitz: Profiteure der Euro-Schwäche

Löhne kürzen, droht eine Abwärtsspirale, warnen die Kritiker der deutschen Position.

Zwei Lager stehen sich da unversöhnlich gegenüber – wie so oft in der Ökonomie. Die eine Fraktion fürchtet eine Deflation, einen Teufelskreis aus sinkenden Preisen und schrumpfender Wirtschaft, wenn die Staaten zu viel sparen. Die andere treibt die Sorge um, dass eine zügellose Verschuldung den Staat handlungsunfähig macht und die Inflation schürt.

Wenn Kanzlerin Angela Merkel mit dem Vorwurf konfrontiert wird, Deutschland exportiere sich auf Kosten der Partnerländer aus der Krise, dann sind bei ihr stille, aber deutliche Symptome von Genervtheit zu erkennen. In einem Anflug von fatalistischer Resignation dreht sie ihre Augen gen Himmel und fragt

dann schon einmal: „Wer besitzt eigentlich die Definitionshoheit darüber, wann Ungleichgewichte schlimm sind?“

Mindestens ebenso viel Schuld wie die Länder mit Überschüssen in ihrer Leistungsbilanz treffe die Staaten mit Defiziten, meint sie. Die Menschen dort hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, auf Pump Autos, Häuser oder Aktien gekauft, und die Regierungen hätten nichts dagegen getan. Dass wiederum die deutsche Bevölkerung nicht so verschwenderisch lebe, vielmehr spare, um fürs Alter vorzusorgen, sei angesichts der demografischen Entwicklung nicht zu tadeln, sondern sogar lobenswert, findet die Kanzlerin.

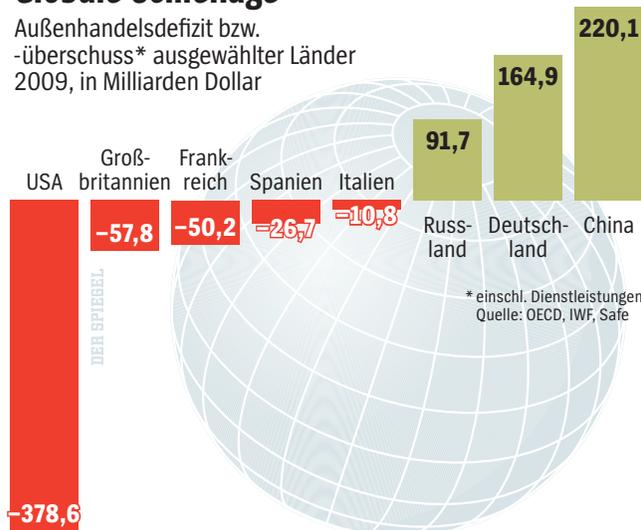
Die häufig kritisierte zurückhaltende Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sei zudem nicht Folge staatlicher Wirtschaftspolitik. In Deutschland würden die Gehaltssteigerungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt und nicht von der Regierung dekretiert. Ebenso wenig sind die deutschen Exporterfolge nach ihrer Ansicht Ergebnis staatlicher Lenkung. Wenn deutsche Unternehmen im Ausland erfolgreich seien, belege dies nur, dass sie ordentliche Qualität zu angemessenen Preisen böten.

Die Kritik an den deutschen Überschüssen ist nach Ansicht der Regierung viel zu einseitig. Denn die Handelsbilanz der gesamten Euro-Zone sei fast ausgleichend, ohne die deutschen Überschüsse wäre sie tief im Minus.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Die deutschen Exporterfolge

Globale Schieflage

Außenhandelsdefizit bzw. -überschuss* ausgewählter Länder 2009, in Milliarden Dollar



tragen zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung bei. „Wenn wir schon einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt haben, dann darf man uns nicht mehr als Nationalstaat betrachten“, fordert Merkel.

Die Ökonomen der Bundesregierung zeigen sich zudem davon überzeugt, dass die Partnerländer auch im beginnenden Aufschwung von der deutschen Exportkraft profitieren. Wenn die hiesige Wirtschaft in diesem Jahr um zwei Prozent zulege, weil sie mehr und eher als andere an der Erholung der Weltwirtschaft teilhat, stiegen Einkommen und Gewinne. Das zusätzliche Geld geben die Deutschen zumindest teilweise für ausländische Produkte aus.

Die deutsche Exportwirtschaft sieht ohnehin keine ernsthaften Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftsmodell. „Wir können nicht das Tempo herausnehmen, damit andere Länder noch mehr Zeit bekommen, ihre Hausaufgaben zu machen“, sagt Anton Börner, Chef des Außenhandelsverbands BGA. Wenn die Deutschen ihre Position auf den Weltmärkten aufgeben, stoßen andere in die Lücke: Koreaner, Inder, vor allem aber Chinesen.

Die asiatischen Wachstumsländer bauen ihre Industriekapazitäten oft unter der Regie des Staates aus, sie errichten hochmoderne Fabriken und versuchen mit aller Macht, sich das nötige Know-how für die neuesten Entwicklungen im Maschinen- und Automobilbau anzueignen. Der Wettbewerbsvorsprung der deutschen Industrie schrumpft mit jedem chinesischen Ingenieur, der an einer Universität seinen Abschluss macht.

An den Technischen Hochschulen und Universitäten in Deutschland studieren inzwischen rund 25.000 Chinesen. „Wir füttern den Drachen jeden Tag“, sagt Carl Martin Welcker, Chef des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken.

Die Amerikaner hätten wenig davon, wenn die Deutschen ihre Exportstärke verspielten. Und es ist auch weniger die Nachfrage aus den USA, die derzeit die deutsche Wirtschaft beflügelt, es sind vor allem die Bestellungen aus Asien.

So macht auch Jürgen Fleischer derzeit interessante Erfahrungen. Fleischer leitet die europäischen Aktivitäten des internationalen Spezialmaschinenherstellers MAG, er hat auch ein Büro in der New Yorker Madison Avenue. Doch das betritt er in letzter Zeit recht selten, obwohl MAG rund die Hälfte des Umsatzes in den USA generiert.

„Der entscheidende Wachstumsmarkt ist China“, so Fleischer. „Wenn ich in Richtung Westen fliege, ist der Flieger halb leer. Geht's dagegen Richtung Osten, fliegen meist zwei Flugzeuge hintereinander.“

ARMIN MAHLER, CHRISTIAN REIERMANN
WOLFGANG REUTER, JANKO TIETZ

AUTOINDUSTRIE

Plötzliche Geschmeidigkeit

Machtwechsel bei Porsche, die neuen Herren von VW regieren durch. Das könnte für die Stuttgarter Sportwagenschmiede aber durchaus von Vorteil sein.

Uwe Hück kann Menschen einschüchtern. Er war mal Thaiboxer, das sieht man dem Betriebsratschef von Porsche auch an. Wenn Hück auf einer Versammlung ins Mikrofon brüllt, wackeln die Boxentürme.

Viele Porsche-Mitarbeiter erinnern sich noch gut an Hücks letzten großen Auftritt: „Keiner hat uns zugetraut, dass wir eigenständig bleiben“, rief er, „ich bin stolz, dass wir das geschafft haben mit der Por-



Porsche-Chef Macht, VW-Chef Winterkorn, Aufsichtsrat Piëch: Wie ein Dackel an der Leine

sche AG, wir haben eigene Vorstände, eigene Aufsichtsräte.“

Das war am 23. Juli 2009, dem Tag, an dem Firmenboss Wendelin Wiedeking und Finanzvorstand Holger Härter gefeuert wurden und die Übernahme des VW-Konzerns durch Porsche gescheitert war. Es war der Tag, an dem VW im Gegenzug begann, Porsche zu schlucken. Knapp ein Jahr später besitzt VW gut 49 Prozent der Porsche AG.

Nun ist klar: Porsche hat so viel Freiraum wie ein Dackel an der Leine seines Besitzers. Wiedeking und Härter sind weg, der Vertriebsvorstand musste gehen, jetzt wird auch noch Porsche-Boss Michael Macht abgelöst. Das Unternehmen wird künftig von Matthias Müller geführt, bislang Planungschef im VW-Konzern.

Und was macht der streitlustige Gewerkschafter Hück? Er stellt sich ganz schnell auf den Neuen aus Wolfsburg ein. Mit dem Noch-Chef Macht will Hück gar

nicht mehr über einen Standortsicherungsvertrag verhandeln. Darüber rede er nur „mit jemandem, der die Geschicke von Porsche auch in den kommenden fünf Jahren lenkt“.

Hücks plötzliche Geschmeidigkeit hat Gründe. Was zunächst wie die völlige Entmachtung von Porsche aussieht, könnte sich für die Sportwagenfirma sogar als Glücksfall erweisen.

Der Produktionsexperte Macht konnte Porsches Interessen im VW-Konzern nur schlecht vertreten. Macht hat keine Vertrauten dort und kennt die Baukästen des Konzerns nicht. Er weiß nicht, welche Motoren und Getriebe er möglicherweise für neue Modelle nutzen könnte. Genau dies aber ist Müllers Spezialgebiet.

Müller ist ein enger Vertrauter von VW-Chef Martin Winterkorn und VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch. Ab 1. August soll der neue Porsche-Chef sich um die Probleme in Stuttgart kümmern. Denn bei Porsche läuft längst nicht alles rund. Der Absatz des 911er brach zuletzt um 35 Prozent ein.

Müllers Vorgänger Macht kann derweil einen Karriereschritt vollziehen: Er ist als Produktionschef des VW-Konzerns künftig für über 60 Fabriken verantwortlich.

Macht muss die Produktivität in den Fabriken erhöhen. Aber er muss dem Wolfsburger Betriebsratschef Bernd Osterloh stets erklären, was mit den dann überzähligen Beschäftigten geschehen soll.

Jahr für Jahr dürften es bis zu 10.000 Mitarbeiter sein, die VW eigentlich nicht mehr braucht. Entlassungen aber sind ein Tabu. Deshalb gilt der Job des Produktionschefs als einer der schwierigsten im gesamten Volkswagen-Konzern.

Macht hat sich nicht um den Posten beworben. Und gegen den Willen des Porsche-Betriebsrats Hück und des Miteigentümers Wolfgang Porsche hätte der VW-Konzern den Wechsel kaum durchsetzen können. Doch offenbar sind auch sie davon überzeugt, dass Porsche von der Rochade profitiert.

DIETMAR HAWRANEK